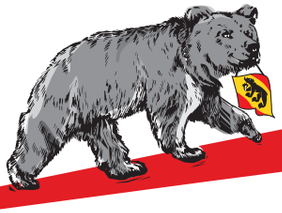
SVP UDC
www.svp-bern.ch, SVP Kanton Bern,
Oktober/November, Nr. 4-2020

#bernstark



AZB 3000 Bern 25 – Post CH AG

Der Virus bringt es an den Tag

Wäre die Schweiz nicht so überfüllt und zentralisiert, ginge es allen besser, gerade jetzt! Die SVP-Vision eines unabhängigen Landes mit begrenzter Zuwanderung und dezentraler Besiedelung ist aktueller denn je.

Es sind schwierige Zeiten. Der Virus deckt vieles auf: vom wahren Gesicht der EU über die wahren Ziele der Linken und Grünen bis hin zu den Schwächen unserer Demokratie. Die Schweiz wurde in den letzten Jahren immer mehr aufgeteilt in Stadt und Land mit Verdichtungen und Zentralisierung in den Agglomerationen und faktischen Bauverboten im ländlichen Raum. Was die Auswirkungen sind, hat sich mit dem Virus hammerhart gezeigt: Lockdown und Homeoffice und Maskenpflicht im ÖV wurden angeordnet, weil Menschenmassen ein ideales Verbreitungsfeld für den Virus sind. Mit einer dezentralen Besiedelung und Arbeitsplätzen in der Nähe des Wohnorts wäre dies nicht nötig gewesen.

La vie avec un virus qui ne provoque pas seulement des problèmes de santé, mais qui a changé beaucoup de choses dans notre quotidien, n'est pas facile tous les jours. Cela nous rappelle qu'il faut toujours être préparé pour une crise, tout en pratiquant la responsabilité individuelle dans nos vies et nos actions.

Die Linke nutzte die Gunst der Stunde, dem Bundesrat möglichst viel Macht zu übertragen. Föderalismus und Demokratie stören nur auf dem Weg in die EU. Und dorthin will die Linke ganz klar. Wir haben den Abstimmungskampf zur Begrenzungsinitiative am 27. September nicht gewonnen, weil die Linke die Angst vor der Guillotine-Klausel schürte. Der Abstimmungskampf war aber dennoch wichtig, denn beim Rahmenabkommen würde die Guillotine- Klausel über sämtliche Verträge gelegt und der automatische Nachvollzug aller Forderungen der EU Tatsache – bis hin zum Stimmrecht der EU-Bürger in unserem Land. So weit dürfen wir es nie kommen lassen, denn das wäre der EU-Beitritt!

Seien wir also mutig! Stehen wir hin für unsere Werte! Wenn nicht jetzt, wann dann?

Werner Salzmann
Ständerat und Parteipräsident, Mülchi

STAND

Manna ohne Ende?

Immer mehr Leute scheinen vor lauter Wohlstand und Sicherheit vergessen zu haben, dass all dies nicht wie Manna vom Himmel gefallen ist. Arbeit? Zu ungesund und überhaupt überbewertet. Armee? Ohne mich – die EU ist ja da, und sonst die USA, oder halt die Russen oder warum eigentlich nicht die Chinesen, wir sind doch alles Menschen. Chemie? Pfui! Die Zuckerrüben wachsen doch eigentlich besser ohne und ohne Arzt lebt es sich sowieso länger.

Es lebe der Papiurlaub und der Lockdown und was uns sonst noch so freie Zeit beschert. Es gibt ja genug (toxisch?) Reiche, deren Geld man sowieso umverteilen sollte. Mit der richtigen Verteilung könnten wir alle einfach das Leben geniessen.

Schon vor dem Niedergang des römischen Reiches hatten sich das einige so vorgestellt…

Aliki Panayides, Geschäftsführerin

Eidgenössische Abstimmungen – 2 x NEIN
Votations fédérales – 2 x NON

2+3

Aus der Werkstatt unserer Regierungsräte
Nos conseillers exécutifs - état des lieux

4

Wenn einer eine Reise tut – Die SVP Senioren
Un voyage extraordinaire avec les Seniors UDC

6

Nein zur Gefährdung unseres Wirtschaftsstandorts – Nein zur UVI

Gut gemeint, ist nicht immer gut. Dies gilt ganz besonders für die Unternehmensverantwortungsinitiative.

Albert Rösti, Nationalrat, Uetendorf

Der Bund soll verpflichtet werden, Massnahmen zur Respektierung der Menschenrechte und der Umwelt durch die Wirtschaft zu treffen. Dies soll auch im Ausland für Unternehmen, die von den Schweizer Unternehmen kontrolliert werden, und für internationale Geschäftsbeziehungen gelten. Das Ziel ist gut, die Massnahmen sind falsch.

Schweizer Unternehmen arbeiten heute schon fair und halten Gesetze ein. Einzelfälle von Umwelt- oder Menschenrechtsverletzungen müssen und können geahndet werden. Die Unternehmensverantwortungsinitiative setzt aber auf kaum umsetzbare Überwachungs- und Kontrollpflichten in der ganzen Wertschöpfungskette und auf eine weltweit beispiellose Haftung. Unternehmen sollen auch für Missstände von Zulieferern und **somit auch für Dritte haften, ausser wenn sie lückenlos beweisen können, dass sie ihre Geschäftspartner so überwachen, dass ein Fehlverhalten ausgeschlossen wird. In einer globalisierten Welt mit Abertausenden von Zulieferern ist das unmöglich.**

Kein anderes Land kennt etwas Derartiges. **Durch die Umkehr der Beweislast werden erpresserische Klagen gegen Schweizer Unternehmen attraktiv.** Bei einem solchen Alleingang der Schweiz würden Konzerne ins Ausland ausweichen und die hiesigen KMU gefährdet. Die Schweiz verlöre Arbeitsplätze.

Das Parlament hat mit Unterstützung der SVP einen **Gegenvorschlag** beschlossen. Dieser sieht verbindliche Transparenzpflichten, Sorgfaltsprüfungen und die Strafbarkeit bei einer Verletzung dieser Pflichten vor. Hingegen wird auf die nichtpraktizierbare Beweislastumkehr verzichtet.

Wer wirklich etwas für die Menschenrechte und die Umwelt tun will, lehnt die Unternehmensverantwortungsinitiative ab, damit der Gegenvorschlag in Kraft treten kann.

NON à la mise en danger de notre place économique

Bien intentionné n'est pas forcément bon. C'est le cas aujourd'hui pour les partis de la Gauche qui soutiennent l'initiative « Entreprises responsables ». Elle a pour but de prendre des mesures qui obligeraient l'économie suisse à respecter les droits humains et l'environnement. Ces mesures visent en particulier à contrôler les entreprises suisses qui entretiennent des relations commerciales à l'étranger avec des entreprises tierces. Un but louable, mais des mesures erronées.

L'initiative « Entreprises responsables » repose sur des obligations de surveillance et de contrôle difficilement applicables tout au long de la chaîne de valeur ajoutée et à un niveau de responsabilité inégalé dans le monde entier. L'entreprise serait ainsi responsable de fautes commises par une entreprise tierce et ne pourrait dégager sa responsabilité ***qu'en apportant la preuve qu'elle a surveillé son partenaire commercial de A à Z.*** *Aucun autre pays au monde n'applique une telle loi. Car avec le retour de charge de preuve, il serait intéressant de porter plainte (chantage) contre des entreprises suisses. C'est pourquoi le Conseil fédéral et le Parlement rejettent cette initiative. Ils ne veulent pas d'une démarche contreproductive en solitaire parce que l'initiative ne renforcera pas les droits humains et l'environnement, mais par contre affaiblira la place économique suisse sur le plan international. Les multinationales pourront très bien continuer à œuvrer à l'étranger. Le Parlement, bien conscient de l'importance des droits de l'être humain et de l'environnement dans le monde entier, a élaboré avec le soutien de l'UDC un contre-projet. Celui-ci prévoit une obligation de transparence pour les entreprises, le devoir de vigilance et en cas de non-respect de ces obligations, l'imposition d'amendes.*

Toute personne pour qui la question des droits de l'être humain et de l'environnement est importante doit rejeter l'initiative « Entreprises responsables » pour que le contre-projet entre en vigeur.

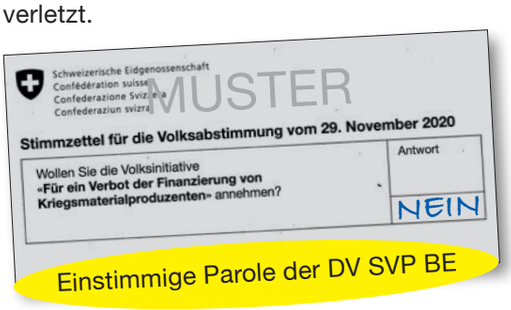
Einstimmige Parole der DV SVP BE (1 Enthaltung)

Nein zur GSoA-Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterial»

Die Initiative der GSoA (Gruppe Schweiz ohne Armee) und der Jungen Grünen fordert, dass die Finanzierung von Kriegsmaterial verboten wird. Damit würde kein einziger Krieg gestoppt, aber dafür unsere Renten gefährdet.

AHV, IV, EO, Pensionskassen, Stiftungen und Nationalbank dürften gemäss Anliegen der Initiative keine Unternehmen mehr mit Darlehen oder Aktien finanzieren, die mehr als 5% ihres Umsatzes mit der Herstellung von Rüstungsgütern erwirtschaften. Als Rüstungsgüter zählen auch Einzelteile, welche in ein Kriegsgerät eingesetzt werden können. Zudem solle sich der Bund dafür einsetzen, dass die gleichen Bedingungen auch für Banken und Versicherungen gelten – sowohl national wie auch international.

Betroffen von dieser Initiative wären nicht nur grosse Unternehmen wie die RUAG, Airbus oder Boeing, sondern vor allem auch viele KMU in der Schweiz, welche für die Rüstungsindustrie Einzelteile herstellen. Betroffen wären ebenso direkt die Nationalbank, aber auch die AHV, IV, EO und die Pensionskassen durch die Einschränkung der Anlage- und Finanzierungsstrategie. Zudem würde die verfassungsmässig garantierte Unabhängigkeit der Nationalbank verletzt.



Einstimmige Parole der DV SVP BE

Die heutigen Gesetze betreffend Kriegsmaterialexport sind bereits restriktiv. Kriegsmaterial dient in der Schweiz ausschliesslich zum Schutz unserer Bevölkerung. Es ist schon heute verboten, Kriegsmaterial wie atomare, biologische und chemische Waffen sowie Streumunition und Personenminen zu finanzieren.

Würde diese extreme Initiative angenommen, wären wir für das Militär wie auch die Polizei auf ausländisches Material angewiesen, hätten weniger Investitionsmöglichkeiten für die Pensionskassen und müssten einen Kontrollmechanismus aufbauen. Es würde aber kein einziger Krieg verhindert. Eine solch gefährliche Initiative muss man aktiv bekämpfen und alles daransetzen, dass sein Umfeld abstimmen geht, um sie abzulehnen.

Deshalb NEIN

- NEIN zur Gefährdung der Altersvorsorge
- NEIN zur Abschaffung von Arbeitsplätzen und zu mehr Abhängigkeit vom Ausland bei Munition und Rüstungsgütern
- NEIN zur verfassungswidrigen politischen Bevormundung der Nationalbank

NON à l'initiative dangereuse du GSsA

L'initiative lancée par le GSsA (Groupe pour une Suisse sans armée) et les Jeunes Vert-e-s demande l'interdiction du financement de matériel de guerre. Une telle règlementation confuse et bureaucratique n'apporterait rien à la paix dans le monde, mais serait dangereuse pour la Suisse.

L'AVS, l'AI, les APG, des caisses de pension, des fondations et la Banque nationale (BNS) ne seraient plus autorisées à financer, par exemple par prêts ou actions, des entreprises dont plus de 5% du chiffre d'affaires annuel provient de la production de matériel de guerre, y compris les pièces détachées qui sont fournies à des entreprises étrangères pour du matériel de guerre. De plus, la Confédération devrait s'engager en faveur de conditions analogues applicables aux banques et aux assurances.

Non seulement de grands fabricants comme RUAG, Airbus et Boeing seraient touchés par de telles mesures, tout comme de nombreuses PME en Suisse qui fabriquent des pièces détachées pour l'industrie de la défense. L'application de cette initiative affaiblirait aussi financièrement notre Banque nationale, l'AVS, l'AI, les APG et les caisses de pension qui seraient limitées dans leur stratégie de placement et de financement (prêts, placements en actions). A ceci s'ajoute que l'indépendance de la BNS, garantie par la constitution, serait violée.

Les lois actuelles concernant l'exportation de matériel de guerre sont déjà restrictives. En Suisse, le matériel de guerre sert uniquement à la protection de la population. Il y est déjà interdit de financer des armes atomiques, biologiques, chimiques tout comme des armes à sous-munitions et des mines anti-personnel.

Si cette initiative était adoptée, cela engendrerait des suppressions d'emplois, une diminution des rentes et une nouvelle bureaucratie dispendieuse pour garantir l'application de la loi. Il faut faire front activement à cette initiative.

Unsere Regierungsratsmitglieder – ein Blick in die bewegte Werkstatt!

Regierungspräsident Pierre Alain Schnegg plante eigentlich, an der Delegiertenversammlung über die Reorganisation der Direktion zu berichten und Regierungsrat Christoph Neuhaus über den Direktionswechsel. Stattdessen stand an der Delegiertenversammlung Corona im Vordergrund.

Pierre Alain Schnegg, Regierungspräsident, Champoz

Nachdem die Fallzahlen im Kanton Bern angefangen haben, sich zurzeit in weniger als einer Woche zu verdoppeln, und die Positivitätsrate der durchgeführten Tests ebenso wie die Anzahl der hospitalisierten Patientinnen und Patienten stark angestiegen sind, blieb keine andere Lösung mehr als zu handeln. Die Entwicklung der Zahlen gibt dem Vorgehen der Regierung Recht.

Runder Tisch mit Berner Sportvereinen

Weil keine Zuschauerinnen und Zuschauer mehr zugelassen sind, ergibt sich für die grossen Berner Sportvereine eine schwierige Situation, nicht zuletzt auch wirtschaftlich. Dies, obschon sie überzeugende Schutzkonzepte vorgelegt und diese allgemein gut umgesetzt haben. Das Zuschauerverbot konnte auch die SVP nicht einfach unkommentiert hinnehmen. Der Regierungsrat hat inzwischen erkannt, wie schwierig dies ist, und hat nun einen Runden Tisch mit den sechs grossen Profi-Sportclubs des Kantons ins Leben gerufen, um den institutionalisierten Dialog in Zukunft zu fördern. Das erste Treffen soll nun sehr bald in den nächsten Tagen stattfinden. Es geht bei diesem Runden Tisch darum, das gegenseitige Verständnis zu fördern und Informationen über die Entwicklung der Pandemie auszutauschen.

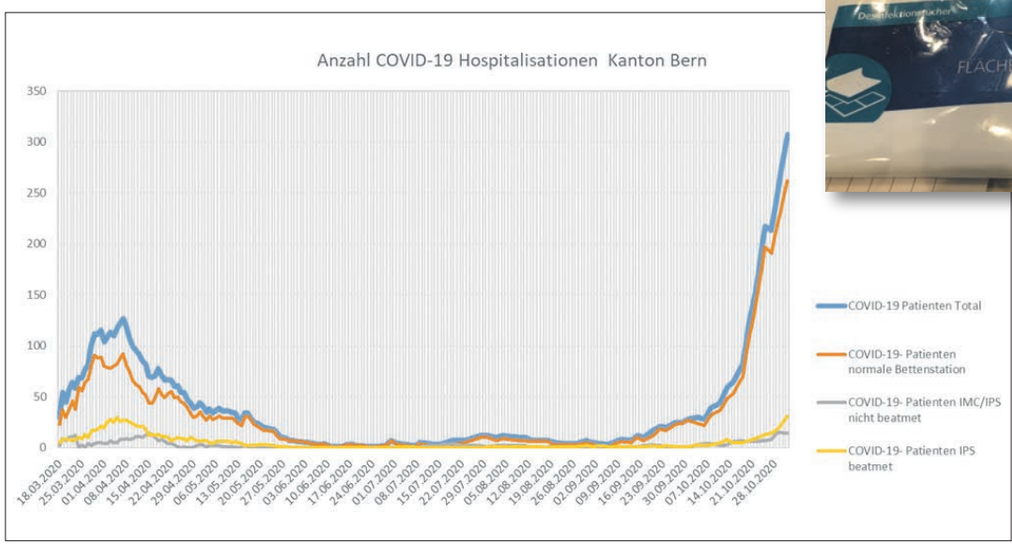
Christoph Neuhaus, Regierungsrat, Kaufdorf

Dringend nötiger Wechsel

Christoph Neuhaus ist der erste bürgerliche Baudirektor seit Walter Bösiger, also seit dem 2. Weltkrieg! Kein Wunder gibt es einiges zu korrigieren. Die BLS erhielt nach mehreren Jahren Rechtsstreit mit der SBB nun endlich 3 Linien Fernverkehr, gleichzeitig musste Neuhaus aber auch Geld zurückfordern, denn die BLS hatte 80 Mio zu viel bekommen vom Kanton. Dies konnte kurz nach Amtsantritt aufgedeckt werden.

Wichtig war auch das Durchgreifen beim besetzten von Roll-Areal in Bern. Die Rache folgte auf dem Fuss: Bei der Baudirektion wurden Scheiben eingeschlagen, man ist es sich in Bern eben nicht gewöhnt, wenn in rechtsfreien Räumen durchgegriffen wird.

Ebenfalls teure Fehlschritte gab es im AGG (Amt für Grundstück und Gebäude). Da half nur die Notbremse, nämlich beim Campus Biel. Die Kosten wurden viel zu tief berechnet und man ging davon aus, dass es keine Einsprachen geben würde, weil es ja der Kanton ist. Die Liste liesse sich um Einiges erweitern… es bleibt noch viel zu tun.



Die SVP interveniert beim Synodalrat

Das grosse Engagement der Kirchen in der Abstimmung zur Konzernverantwortungsinitiative hat viele SVP-Mitglieder irritiert. Die SVP hat sich daher entschlossen, aktiv zu werden.

Zum einen wird Parteipräsident Salzmann mit den Nationalräten Rösti und Guggisberg beim Synodalrat vorsprechen. Zum anderen wurde von Grossrat Samuel Krähenbühl ein offener Brief verfasst, welcher inzwischen von zahlreichen Grossratsmitgliedern aus verschiedenen Fraktionen unterschrieben wurde. Hier eine Kurzfassung:

Offener Brief an die Reformierte Kirche Bern-Jura-Solothurn

Sehr geehrte Frau Pörksen Roder,
sehr geehrte Damen und Herren

Am 21. März 2018 haben wir im Bernischen Grossen Rat die Revision des Landeskirchengesetzes gutgeheissen. Die Landeskirchen im Kanton Bern haben somit weiterhin sehr gute Rahmenbedingungen für die Zukunft, namentlich auch, was die Finanzierung betrifft. So haben wir bürgerlichen Grossräte in der überwiegenden Mehrheit die Anträge abgelehnt, welche die Landeskirchen schlechter gestellt hätten. So etwa den Rückweisungsantrag der Grünliberalen Partei. Auch die wiederkehrenden Motionen, welche etwa eine Abschaffung der Kirchensteuern für juristische Personen (Unternehmen) fordern, haben wir bisher immer deutlich abgelehnt. Auch die Stärkung der organisatorischen Unabhängigkeit vom Staat haben wir in diesem Gesetz bejaht. Zusammengefasst kann man sagen: Wir standen in allen Teilen glasklar zu den Landeskirchen.

Der damalige Kirchendirektor Christoph Neuhaus rief uns in der Eintretensdebatte dazu auf, die beiden Worte zu beherzigen, die der Heilige Benedikt von Nursia mit Verantwortung verband: «discretio» und «aequitas». «Discretio» bedeutet, das rechte Mass zwischen «zu viel» und «zu wenig» zu finden. Und «aequitas» meint, den verschiedenen Aspekten einer Sache im Ganzen gerecht zu werden. Wir haben diesen Rat befolgt und sind mit der Revision des Landeskirchengesetzes den Weg der «aequitas» gegangen.

Dieser weise Weg der «aequitas» würde eigentlich auch den Verantwortungsträgern der Reformierten Landeskirchen gut anstehen. Leider müssen wir bürgerlichen Politiker feststellen, dass namentlich die Reformierte Kirche Bern-Jura-Solothurn (refbejuso) diesen Weg des richtigen Masses zunehmend verlässt. Die Refbejuso mischt sich immer mehr in das politische Alltagsgeschäft ein. Und nimmt hier ebenso eindeutig Partei. Partei für die Ansichten der rot-grünen Parteien. Das stellen wir namentlich auch im Vorfeld der Volksabstimmungen vom 29. November fest. Sowohl der Synodalrat wie auch zahlreiche lokale Kirchgemeinden weibeln wie die Marktschreier im Tempel (Johannes 2, 13-16) für die sogenannte «Konzernverantwortungsinitiative». Ja, sie weibeln nicht nur, die missbrauchen das «Haus des Herrn» als riesige Plakatsäulen für ein irdisches politisches Thema. (…)

Wohlgemerkt: Kirchen dürfen auch aus unserer Sicht politisch sein. Aber nicht parteiisch. Und vor allem ist Politik nicht ihr Kerngeschäft. Die Momente, in denen es nicht nur zulässig, sondern sogar notwendig ist, dass sich die Kirche auch politisch äussert, sind rar. Die "Barmer Theologische Erklärung" von 1934 unter Federführung von Karl Barth etwa war ein solcher Moment, in dem es richtig war, dass die Kirche sich zur politischen Situation äussert. Wenn sich die Kirche aber gefühlt zu jeder zweiten Sachabstimmung politisch und dazu noch einseitig äussert, dann verliert ihre Stimme als «Salz der Erde» (Matthäus 5,13–16) ihre Kraft. (…)
Wir bedauern die zunehmende Konfrontation der Kirche mit der Wirtschaft, welche mit ihren Steuern nicht unwesentlich die soziale Tätigkeit der Kirchen ermöglicht und weisen Sie daraufhin, dass diese Tatsache nicht in Stein gemeisselt ist.

Wir hoffen auf Ihr Verständnis und noch mehr auf Ihre Einsicht und verbleiben mit freundlichen Grüssen
Unterzeichnet:

50 Grossratsmitglieder der SVP, FDP und BDP

Personelle Änderungen in der Grossratsfraktion

Per Ende August ist **Erich Hess** aus dem Grossen Rat zurückgetreten, dem er mit einem gut zweijährigen Unterbruch seit 2010 angehört hatte. Erich Hess wird so mehr Zeit haben für seine politische Arbeit im Berner Stadtrat und im Nationalrat.

Die SVP Kanton Bern dankt Erich Hess für seinen grossen Einsatz im Grossen Rat.

Die Nachfolge von Erich Hess hat **Alexander Feuz** angetreten. Auch er kennt den Parlamentsbetrieb bestens: Der Fürsprecher und Rechtsanwalt ist Präsident der SVP-Stadtratsfraktion. Alexander Feuz ist verheiratet und Vater einer kleinen Tochter.

Die SVP-Grossratsfraktion heisst ihn in ihren Reihen herzlich willkommen.

Andreas Michel, Gratulation zur Nomination!

Impressum

«SVP #bernstark», Publikationsorgan für die Mitglieder der SVP Kanton Bern

Redaktion
Aliki M. Panayides, Bern; Reto Niederhauser, Bern

Verlag, Administration und Anzeigenverkauf
Sekretariat SVP Kanton Bern, Optingenstrasse 1, 3013 Bern, Tel. 031 336 16 26, Fax 031 336 16 25, sekretariat@svp-bern.ch, www.svp-bern.ch

Layout
Druckerei Singer+Co, Utzenstorf

Wer eine SVP-Senioren-Reise tut, der kann was erzählen!

Die unglaubliche Geschichte begann vor einem Jahr, als wir im Vorstand beschlossen hatten, erstmals eine 4-tägige Reise mit unseren Mitgliedern und Sympathisanten der SVP Kanton Bern durchzuführen.

Am Montag, 12. Oktober 2020, bestiegen 35 Frauen und Mannen pünktlich den Bus. Natürlich bestens betreut vom Reiseunternehmen OTT, chauffiert von Bernhard Ott selber. Seine Kompetenz und Fähigkeit aber auch sein Können waren gefragt, denn wir befuhren täglich Strassen, auf denen ein Kreuzen unmöglich war.

Corona-konform

Allen wurde vom Chauffeur persönlich beim Einsteigen Fieber gemessen. Es galt die Abmachung, dass alle immer den gleichen Sitz im Car benutzen sollen. Diese wurden jeden Abend desinfiziert. An Bord waren zudem Dr. Beat Roth, ehemaliger Chefarzt am Spital Wattenwil und aktuell Mitglied der Corona Experten Gruppe in Bern, Pflegefachfrauen und für Spezialfälle auch Dr. Hans-Urs Steuri, veterinarius, medicus bestiarum und ehemaliger Kreistierarzt. Der Rest lag in der Eigenverantwortung!

Schneckenlikör!

Die Reise führte uns unter anderem nach Elgg auf die Schneckenfarm. Die Vorfreude auf diesen Besuch hielt sich in Grenzen. Ganz anders war die Stimmung dann nach der Führung. Wer hat schon je von einer Schneckenfarm mit vielen Tausend Schnecken gehört oder eine solche gesehen? Wer hat schon einmal eine Schneckenhauswaschanlage in Betrieb gesehen? Wer kennt Schneckenkaviar? Wer hat schon mal Schneckenlikör getrunken? War hat je Schnägge-Schnupf geschnupft? Niemand? Wir schon! Ein Besuch ist auch mit Kindern sehr lohnend und lehrreich. Von uns wollen nun einige sogar eine Patenschaft für eine Schnecke übernehmen!?!

Mit der Ferienkarte, die alle erhalten hatten, war der Eintritt in alle Museen frei, konnte man einen Appenzeller Glasteller abholen, sich in der Brauerei Locher ein Quöllfrisch genehmigen oder in der Flauderei ein Getränk aussuchen und vieles mehr. Es besteht keine Statistik darüber, was am meisten genutzt (getrunken) worden ist…!

Natürlich durfte auch ein Besuch der Firma des Appenzeller Alpenbitters nicht fehlen - mit Degustation, worüber aber des Schreibers Höflichkeit hier schweigt.

Ebnat-Kappel

Toni Brunner konnte uns wegen eines Corona-Falles leider nicht wie vereinbart persönlich in Ebnat-Kappel willkommen heissen. Begrüsst wurden wir aber vom Chef, von Tonis Bruder, Andy persönlich. Andy ist ein Jahr älter als Toni und hat das Down-Syndrom. Wie dieser seine Rolle als Chef lebt und ehrliche Freude ausstrahlt, ist tief beeindruckend. Vor dem Dessert kam dann Esther Friedli zu uns und richtete einige Worte an uns. Weil wir sahen, wie dieser Betrieb läuft und alle voll am Limit arbeiten, wussten wir ihre geopferte Zeit für uns sehr zu schätzen.

Das Fähnlein der 37 Aufrechten

Vom Toggenburg ging es ins Rheintal. Da hielt der Bus vor dem ältesten Restaurant in Altstätten, der Linde am Viehmarktplatz. Vor dem Eingang hing ein grosses Plakat: Fähnlein der 37 Aufrechten aus dem Bernbiet, herzlich willkommen! Unsere Kollegin Elsbeth führt dieses Restaurant. Was diese LINDE ausstrahlt und ist, kann man nicht beschreiben. Auf jedem Tisch hatte es Sandwiches in grosser Bretzelform. Jeder Eintretende erhielt einen Apérol-Spritz. Danach konnte man sich mit Bier, Wein, Mineral, Kaffee oder was sonst das Herz begehrte, eindecken. Das Ganze hat dann Gugger

Samy noch getoppt, indem er seinen erstklassigen Wildlachs aus Alaska spendierte: feinste Delikatessen in einer originellen, originalen, echten Burebeiz der besonderen Art!

Carpe diem!

Es fährt schon ein, wenn man feststellt, dass wir genau im allerletzten Augenblick die Reise noch durchgeführt haben. Eine Woche später wäre es nicht mehr möglich gewesen. Wir müssen daraus lernen, dass wir in unserem Alter und in dieser unsicheren Zeit, nicht alles hinaus- oder verschieben sollten. Carpe diem!

Dies ist ein kleiner Auszug aus dem lebendigen Reisebericht des Reiseleiters **Paul Hunziker!** Lesen Sie den ganzen Bericht auf www.svp-senioren.ch/artikel/berichterstattung-die-seniorinnen-und-senioren-auf-reisen-4-tage-im-appenzell/

Mirjam Kalbermatten
Mutig und frei – wie die SVP!

Mirjam Kalbermatten, 1986, Mediamatikerin, Burgdorf

Bernstark Journal: Du kandidierst für das Burgdorfer Parlament. Was ist Dein politisches Hauptanliegen?

Mir liegt Burgdorf am Herzen. Es stehen in Zukunft wichtige Projekte an, beispielsweise die Schulraumplanung. Dabei ist es mir wichtig, dass die finanziellen Mittel für eine langfristige Lösung richtig eingesetzt werden. Ziel muss es sein, dass wir nur noch so viel wie nötig und nicht so viel wie möglich ausgeben.

Bernstark Journal: Du bist schon lange für die SVP aktiv. Was überzeugt Dich an unserer Partei?

Die SVP Kanton Bern setzt sich für eine lösungsorientierte Politik und nicht für Ideologien ein – das gefällt mir.

Bernstark Journal: Du bist im Prospekt mit Deinem neuen Look zu sehen. Gab es Reaktionen darauf?

Ich höre immer wieder, dass es mutig sei, mich ohne Haare zu zeigen. Für mich ist es befreiend, dass ich so sein kann, wie ich wirklich bin.

Bernstark Journal: Gab es einen Schlüsselmoment, der Dich dazu bewog, offen über Alopecia zu sprechen?

Als die Alopecia, auch kreisrunder Haarausfall genannt, begann, konnte ich meine kahlen Stellen unter meinen dicken Haaren verstecken. Ich hatte immer Angst, dass die Lücken zum Vorschein kommen. Als die Stellen grösser und grösser wurden bestellte ich mir eine Perücke. Doch damit fühlte ich mich sehr unwohl. Von Freunden und Familie gestärkt entschied ich mich dann, mich offen mit meiner Alopecia zu zeigen. Ich möchte auch anderen Menschen Mut machen, deshalb gehe ich offen damit um.

Bernstark Journal: Du bist aktiv in den Social Media, wird Dein Wahlkampf vor allem online stattfinden?

In diesem speziellen Covid-19-Jahr ist ein normaler Wahlkampf auf der Strasse leider nicht möglich. Aus diesem Grund werde ich meinen Wahlkampf vorwiegend online durchführen. Ich verzichte aber nicht darauf, Personen, die ich persönlich kenne, direkt anzuschreiben.

Bernstark Journal: Wir wünschen Dir viel Erfolg!

Vielen Dank

Gemeindewahlen Herbst 2020

Wir gratulieren allen neu und wieder gewählten SVP-Gemeindepräsidentinnen, Gemeinderätinnen und Gemeindeparlamentarierinnen ganz herzlich!

Allen SVP-Frauen, die noch mitten im Wahlkampf stehen, wünschen wir noch viel Energie und Durchhaltewillen und viel Erfolg!

Für den Vorstand der SVP Frauen Kanton Bern

Petra Wyss, Präsidentin

Nein zum CO_2-Gesetz: kostet viel und bringt nichts!

Referendum gegen das Bundesgesetz vom 25. September 2020 über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (CO_2-Gesetz).

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger verlangen, gestützt auf Art. 141 der Bundesverfassung vom 18. April 1999 und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 59a-66, dass das Bundesgesetz vom 25. September 2020 über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (CO_2-Gesetz) der Volksabstimmung unterbreitet werde.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen.

Kanton: **Postleitzahl:** **Politische Gemeinde:**

Nr.	Name/Vornamen (Eigenhändig und möglichst in Blockschrift)	Geburtsdatum (Tag, Monat, Jahr)	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle (leer lassen)
1					
2					
3					
4					
5					

Ablauf der Referendumsfrist: 14.01.2021.

Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende _____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Amtsstempel

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson
(eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft)

Ort: _____

Datum: _____

Amtliche Eigenschaft: _____

Eigenhändige Unterschrift: _____

Senden Sie diese Liste teilweise oder vollständig ausgefüllt möglichst rasch, jedoch nicht später als 20. Dezember 2020 an:
Referendumskomitee «Nein zum CO_2-Gesetz», Postfach 54, 8416 Flaach

Eidgenössische Volksinitiative „Hilfe vor Ort im Asylbereich“

Im Bundesblatt veröffentlicht am: 8. Oktober 2019
Die unterzeichneten, stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 34, 136, 139 und 194 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68 ff., folgendes Begehren:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 121b Hilfe vor Ort im Asylbereich

1 Die Schweiz schafft in Zusammenarbeit mit anderen Ländern Schutzgebiete im Ausland, in denen Personen aus dem Asylbereich im oder möglichst nahe am Herkunftsland untergebracht, betreut und geschützt werden können. Der Bund leistet finanzielle Beiträge an Hilfsprojekte in diesen Schutzgebieten.

2 Personen aus dem Asylbereich können ihren Aufenthaltsort und ihr Zielland nicht selbstständig wählen. Sie erhalten Schutz in einem zugeteilten Land.

3 Personen, die in der Schweiz ein Asylgesuch stellen, werden:

a. in erster Linie in ein sicheres Durchgangsland zurückgebracht, sofern entsprechende internationale Verträge wie Rückübernahmeabkommen bestehen;
b. in zweiter Linie in ein Schutzgebiet gebracht; sie leben dort, bis ihre Identität geklärt ist und sie entweder in ihr Herkunftsland zurückkehren können oder von einem Drittstaat oder der Schweiz als Flüchtlinge anerkannt und aufgenommen werden;
c. in dritter Linie in ein Bundesasylzentrum gebracht; bis ein rechtskräftiger Asylentscheid vorliegt, halten sie sich an Orten auf, wo ihr Aufenthalt jederzeit überprüft werden kann.

4 Gelder für das Asylwesen werden grundsätzlich im Ausland in Schutzgebieten oder anderswo für Hilfsprojekte eingesetzt, mit denen vor Ort viel mehr Menschen als in der Schweiz geholfen werden kann. In der Schweiz werden Personen aus dem Asylbereich ausschliesslich mit Sachleistungen unterstützt, bis sie für sich selbst aufkommen können.

Kanton:	**Postleitzahl:**	**Politische Gemeinde:**

Nr.:	**Name:** (Eigenhändig und möglichst in Blockschrift)	**Vorname:** (Eigenhändig und möglichst in Blockschrift)	**Geburtsdatum:** (TT.MM.JJJJ)	**Wohnadresse:** (Strasse und Hausnummer)	**Eigenhändige Unterschrift:**	**Kontrolle:** (leer lassen)
1.						
2.						

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen die nachfolgenden Zeilen handschriftlich ausfüllen und unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches. **Ablauf der Sammelfrist: 8.4.2021**

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachfolgenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner noch stimmberechtigten Mitglieder vorbehaltlos zurückzuziehen: **Nationalrat Luzi Stamm**, Seminarstrasse 34, 5400 Baden, **Nationalrat Lukas Reimann**, Ulrich-Röschstrasse 13, 9500 Wil/SG, **Nationalrätin Andrea Geissbühler**, Oberer Galgen 26, 3323 Bäriswil/BE, **Nationalrätin Barbara Keller-Inhelder**, Zürcherstrasse 190, 8645 Rap-perswil-Jona, **Nationalrätin Therese Schläpfer**, Oberschneit 43, 8523 Hagenbuch, **Diana Stärkle**, Schönegg, 4622 Egerkingen, **Theres Schöni**, Erlenmoosstrasse 10, 5636 Benzenschwil, **Jean-Pierre Leutwyler**, Felsenstrasse 8, 5400 Baden, **Marc Herger**, Abendruh 4, 6422 Steinen, **Mark Baur**, Ridgeways Springs, 00620, Nairobi, Kenia.

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson

Datum: _____

Ort: _____

Amtsstempel

Unterschrift: _____

Funktion: _____

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende zehn Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Unterschreiben und sofort einsenden an SVP Kanton Bern, Optingenstrasse 1, 3013 Bern